



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 17.06.2026
– Auszug aus Drucksache 19/12540 –**

**Frage Nummer 17
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordnete
**Barbara
Fuchs**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Vor dem Hintergrund einer medial bekanntgewordenen Studie der Bahngewerkschaft EVG, die offenlegt, dass in mehreren deutschen Städten (genannt werden Augsburg, Bamberg, Ingolstadt) ICE-Anbindungen verloren gehen könnten, frage ich die Staatsregierung, wie genau sieht das mit den Streichungen für Bamberg aus und was plant die Staatsregierung, um Streichungen im Nah- und Fernverkehr zu verhindern?

Antwort des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

Die Eisenbahnverkehrsunternehmen des Schienenpersonenfernverkehrs (SPFV) bieten Strecken und Halte eigenwirtschaftlich an, wobei derzeit rund 95 Prozent der Leistungen im deutschen Netz von der bundeseigenen DB Fernverkehr AG erbracht werden. Die Staatsregierung hat immer wieder deutlich gemacht, dass sie selbst das bestehende SPFV-Angebot im Freistaat nicht für ausreichend hält, weil es viele Regionen nicht oder zu wenig berücksichtigt. Die Trassenvergabe obliegt der bundeseigenen DB InfraGO AG.

Die Staatsregierung hält die zuletzt bekannt gewordenen Pläne und Entwicklungen im deutschen SPFV-Markt für derzeit nicht umsetzbar und schädlich. Sie wird die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente wie den Bundesrat, die Verkehrsministerkonferenz oder den Eisenbahninfrastrukturbeirat bei der Bundesnetzagentur nutzen und sich auch unmittelbar an die Bundesregierung wenden, um sich dafür einzusetzen, dass das derzeit in der Fläche bestehende Bahnangebot im Schienenpersonennah- und Schienenpersonenfernverkehr nicht beschnitten wird.